Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 151 (1985)

Heft: 11

Artikel: "Rückspiegel : Militärischer Fundamentalismus" ASMZ Nr. 9, 1985

Autor: Kettiger, D.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-56513

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

von Sendungen begangen. Im Mittelpunkt standen nicht weniger als drei Filme über das atomare Grauen und eine aus den USA übernommene SDI-Kontroverse beim Fernsehen sowie zwei «Doppelpunkt»-Ausgaben beim Radio.

In keinem andern westlichen Land ist in den elektronischen Medien eine derartige Häufung des Themas Nuklearkrieg in Zusammenhang mit Hiroshima festzustellen. Man setzt sich damit dem Verdacht aus, man reihe sich blindlings in eine deutlich von Moskau orchestrierte Kampagne ein, mit der propagandistisch die Schwächung beziehungsweise Ausschaltung der nuklearen Abwehrkraft des Westens – und damit die zusätzliche Aufwertung des konventionellen Übergewichts des Ostblocks – bezweckt wird.

Der Verdacht hätte leicht entkräftet werden können, wenn die deutschschweizerischen elektronischen Medien sich bemüht haben würden, das Schüren des für jedermann selbstverständlichen Abscheus vor Massenvernichtungswaffen durch eine Erörterung der verteidigungspolitischen Lage des Westens und der Schweiz zu ergänzen. Für die Hörer und Zuschauer hätte sich daraus zwingend die Konsequenz ergeben, dass die Beseitigung der Bedrohung durch Kernwaffen mit allen Kräften anzustrengen ist, dass dann aber angesichts unveränderter Aggressivität des in konventioneller Rüstung überlegenen Ostblocks unsere eigene nichtnukleare Rüstung verbessert und verstärkt werden muss. **Die SRG-Medien sind zwar nicht gehalten, unsere verteidigungspolitische Doktrin zu vertreten (die des Ostens auch nicht), aber sie müssten sie im Zusammenhang mit der sowjetischen antinuklearen Kampagne doch immerhin zur Geltung kommen lassen.**

Die Gelegenheit dazu war gegeben: Am 25. Juli war der Jahrestag des Rütlirapports von General Guisan, wo der Oberbefehlshaber angesichts der Einschliessung der Schweiz durch die Achsenmächte die Doktrin vom Réduit proklamierte, also den Gedanken, dass in der gegebenen Lage eine intakt und schwer angreifbar in Bereitschaft stehende Armee einen Angreifer, gegen den die Zeit arbeitet, abschrecken kann. Das wäre der Anlass gewesen, mit dem Gedenken an Hiroshima die notwendige verteidigungspolitische Diskussion zu verbinden.

Radio und Fernsehen haben ganz anders gehandelt. Der Rütlirapport wird nicht erwähnt. Aber: Im Radio-«Doppelpunkt» vom 11. August konnte Hanspeter Gschwend – Militärdienstgegner und Angehöriger der «Gruppe Olten», welche die Initiative auf Abschaffung der Armee unterstützt – unter dem trügerischen Titel «Wenn Ärzte sagen: Atomkrieg ohne uns» die Frontorganisation «Internationale Ärztevereinigung zur Verhinderung eines Atomkriegs» ausführlich zur Geltung bringen.

Massive und prominente Kritik gegen diese Manipulation von einem Fachmann, Professor Dr. Daniel Frei, führender Politologe der Schweiz: «Dieser ‹Doppelpunkt› entbehrte der Ausgewogenheit. Es handelte sich um eine unkritisch isolierte Betrachtungsweise eines Teilaspekts, völlig losgelöst vom politischen und strategischen Zusammenhang. Dort, wo letztere doch noch angesprochen wurde, erfolgte dies in seltsamer Weise und offensichtlich fehlerhaft.»

Am Samstag vor dem Nationalfeiertag erteilte das Fernsehen dem linken katholischen Geistlichen Ivo Meyer aus Luzern das «Wort zum Sonntag» Auch er manipulierte, vermied jedes geistliche Wort und nutzte seine Zeit dazu, für die Verweigerung unseres Verteidigungsdienstes zu werben.

Den elektronischen Medien DRS wird es damit schwer fallen, sich gegen den dringenden Verdacht zu verwahren, sie hätten sich mit ihrer eigentlichen Hiroshima-Kampagne leichtfertig und fahrlässig in die sowjetische Propagandamaschinerie einbeziehen lassen und Moskau – nehmen wir an: aus der gewohnten Ignoranz heraus – einen guten Dienst geleistet. Aus SFRV-Bulletin, 14/85.

«Rückspiegel: Militärischer Fundamentalismus» ASMZ Nr. 9, 1985

In der Folge geben wir zwei ablehnende, eine kritisch-neutrale und eine zustimmende Antwort sowie eine amtliche Stellungnahme wieder.

Leserbrief, von Lt D. Kettiger, Hünibach

Das emotional geladene Sperrfeuer, das Sie in Ihrem «Rückspiegel» gegen die Kritiker von Korpskommandant Mabillard abfeuerten, bedarf der Entgegnung beziehungsweise der Richtigstellung:

1. Ich gehe mit Ihnen einig, dass auch in einem demokratischen Staat die Struktur der Armee hierarchisch aufgebaut sein muss und dass demzufolge für demokratische Einrichtungen in der Armee wenig Platz bleibt. Da das Anbringen von Kritik innerhalb unserer Armee nicht möglich ist und auch nicht möglich sein darf, muss um so mehr dem Bürger das Recht zugestanden werden, sich als Politiker, Journalist oder Stimmbürger kritisch zu unserer Armee zu äussern. Leider hat man in den Kreisen des EMD und der obersten militärischen Führungspitze noch immer nicht gelernt, mit Kritik umzugehen. Statt den Kritikern offen und unvoreingenommen entgegenzutreten und der Ursache der Kritik auf den Grund zu gehen, wird den Kritikern vor den Bug geschossen und ihnen der Stempel «Defaitismus» aufgedrückt.

2. Sie bezeichnen es als zutreffend, dass die Journalisten in der Schweiz als potentielle Gegner bezichtigt werden müssen, und werfen diesen vor, nicht sachgemäss über die Armee zu berichten und Stimmung gegen die Armee zu machen. Die Tatsache, dass unzählige Tageszeitungen und Magazine täglich über Dienstleistungen von Truppen, Waffendemonstrationen und ähnliches berichten, dass das Fernsehen DRS (sonst allgemein als «links» verschrien) in den letzten Jahren den grossen Manöverübungen jeweils abendfüllende Sendungen gewidmet hat und dass in diesem Rahmen (weltweit wahrscheinlich einmalig) ein Truppenkommandant in Form einer nachträglichen Übungsbesprechung zu seinen Wehrmännern sprechen konnte, kurz, dass die Massenmedien meistens und oft im positiven Sinne über unsere Armee Bericht erstatten und damit auch einen Beitrag zur Dissuasion leisten, wird von Ihnen (bewusst?) übergangen. Es muss weiter festgehalten werden, dass das EMD mit seiner Informationspolitik in letzter Zeit oft eine Kritik der Medien geradezu provoziert hat. Statt den Bürger mit einer offensiven Informationspolitik direkt über Unfälle und Unregelmässigkeiten in der Armee zu informieren sowie zu diesen Ereignissen ehrlich und klar Stellung zu nehmen, um damit den notorischen Kritikern, den Gerüchtemachern den Wind aus den Segeln zu nehmen, wird unnötige Geheimniskrämerei betrieben und damit auch beim armeefreundlichen Bürger und guten Soldaten der Eindruck erweckt, es sei einiges faul in unserer Armee.

Ob es sinnvoll ist, den Wehrmännern am 1. August um jeden Preis Urlaub zu geben, darüber kann man wirklich geteilter Meinung sein. Weder Sie noch der Ausbildungschef dürfen aber darüber hinwegsehen, dass (ob zu Recht oder nicht) eine reglementarische Bestimmung besteht, wonach den Wehrmännern der Besuch der Bundesfeier an ihrem Wohnort zu ermöglichen sei. Vor aller Loyalität zum militärischen Führer ist vom Schweizer Bürger Loyalität gegenüber gesetzlichen Erlassen gefordert. So gesehen muss man sich fragen, wer das grössere Loyalitätsdefizit aufweist, der Schulkommandant, der die reglementarische Weisung befolgt, oder der Ausbildungschef, der sich darüber hinwegsetzt. Auch die Haltung der SVP (wer Mut hat, nennt auch Namen) ist aus diesem Blickwinkel gesehen durchaus berechtigt. Gehört es doch auch zu den Aufgaben der politischen Parteien, über den richtigen Vollzug der Gesetze zu wachen

Stellungnahme des Chefs Info-/Dok Dienst Stab GA

In Artikel 13 der Verfügung des EMD vom 4. September 1965 über die Erfüllung der Instruktionsdienstpflicht ist nur die Beurlaubung für Jungbürgerfeiern «gesetzlich» geregelt. Der Passus lautet: «In RS und Kaderschulen sind Wehrmänner, die durch die Behörden ihrer Wohngemeinde zur Teilnahme an einer Jungbürgerfeier eingeladen werden, auf Gesuch hin zu beurlauben.» *Diese Regelung wurde durch den Ausbildungschef auch für den 1. August 1985 ausdrücklich beibehalten.*

Ein allgemeiner Urlaub am 1. August hingegen wird erst seit 1979 in Ziffer 569 des Reglements des Ausbildungschefs «Ausbildung und Organisation in Schulen» *(Regl 51.24, AOS) gewährt. Nicht nur ist dies keine «gesetzliche» Regelung, vielmehr kann, gemäss Ziffer 8 der AOS, der Ausbildungschef in besonderen Fällen Abweichungen von einzelnen Bestimmungen der AOS gestatten. Von dieser seiner Kompetenz hat er Gebrauch gemacht, weil, erstmals seit 1979, der 1. August 1985 auf den für einen Urlaub ungünstigen Donnerstag (Tendenz, mit einem «grossen» Urlaub – Ende 2. beziehungsweise*

3. RS-Woche! – die «Brücke» zu schlagen) fiel. Deshalb wurde 1985 der Freiheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes wieder im Rahmen seiner Armee gedacht, wie es bis 1978 jahrelang – dulce et decorum pro patria – der Brauch gewesen war.

Leserbrief,
von Major R. Gerber, Winterthur

«Wir werden auf die Angelegenheit zurückkommen.» Mit diesen doch etwas Hoffnung auf eine sachlichere Diskussion weckenden Worten schliessen Sie Ihre Interpretation und Kommentierung der Rede des AC der Armee vom 2. April 1985 und der von ihm ausgelösten Reaktion ab. Die Öffnung zu einem echten Zurückkommen ist freilich sehr schmal. Sie wird durch Ihre absolute und jeden Widerspruch schon im voraus mit dem Geruch der Unloyalität belegenden Formulierung derart eingeengt, dass für die notwendige Diskussion zu wenig differenzierter Thesen kaum Raum bleibt – es sei denn, sie schaffe ihn sich selbst. Es liegt in der Natur auch der militärischen Führungsgrundsätze, dass jede zu grobe Verkürzung, Vereinfachung und Überhöhung ihren Inhalt dem Verständnis jener entzieht, für die er gedacht ist. Gerade wenn es um Eckpfeiler der Ausbildung zur Kriegstüchtigkeit geht, um das **Wie** der Verwirklichung unbestrittener Zielsetzungen, darf es nicht geschehen, dass die Formulierung der Absicht höchster Chefs der Interpretation bedarf. Das aber ist Korpskommandant Roger Mabillard passiert. Seine apodiktischen Äusserungen zur Qualität der Subalternoffiziere, zum Gehorsam, zum Einfliessenlassen geeigneter und effizienter ziviler Führungsgrundsätze in den Dienstbetrieb, zur Elite der Instruktoren und zur Aufgabe der Medien in unserem liberalen, demokratischen Staat forderten die öffentliche Diskussion geradezu heraus, zwangen den Chef EMD und verlockten Sie zur Interpretation.

Es berührt eigenartig, dass der Ausbildungschef andere die Kohlen aus einem Feuer holen lässt, das er selbst geschürt hat. Sein Schweigen zur eher verwirrenden als erhellenden Auseinandersetzung um seine eigenen Thesen deutet auf sein Verharren auf einer Position hin, die mit dem weiteren Aufschieben der Klärung nur brüchiger wird. Seine Untergebenen und die nachdenkende Öffentlichkeit interessieren weniger das flink und breit ausgelöste Unterstützungsfeuer Ihrer und anderer Interpreten als die verdeutlichende Aussage Mabillards selbst. Sie muss **seine** Haltung zum Fundamentalismus verständlich und **sein** wirkliches Verhältnis zur Aufgabe der Journalisten sichtbar werden lassen. Erst dann entfaltet das, was er vielleicht wollte, die entsprechende Wirkung. Wer führen und befehlen will, muss dies nicht nur knapp, sondern auch begreifbar tun.

Von einem seltsamen, wenn nicht bedenklichen Demokratieverständnis zeugt der von Ihnen unkritisch übernommene pauschale und ungeheuerliche Vorwurf, im besten Fall sei der Journalist zumindest ein potentieller Gegner der Armee. Sie versuchen, sich der unausweichlichen Kritik an dieser – linde ausgedrückt – Verunglimpfung zu entziehen, indem Sie eine Behauptung als Tatsache hinstellen. Die wirklichen Tatsachen sehen anders aus. Fast ausnahmslos alle diensttauglichen Journalisten leisten ihren Dienst in unserer Armee in den verschiedensten Funktionen. Viele tragen – wie ich als Abteilungskommandant – Führungsverantwortung. Andere arbeiten ihren Fähigkeiten entsprechend in Stäben mit, um die wichtige Aufgabe der Information nach innen und aussen so zu erfüllen, dass jedes militärische Handeln und Befehlen auf der unabdingbaren Grundlage des Verstehens zum Ziel führt. Wenn auftragstreue Selbständigkeit und Eigeninitiative, wie im DR 80 verankert, Teile der Disziplin bleiben wollen, bedürfen sie der Voraussetzung klarer, widerspruchsloser Instruktionen.

Journalisten in Uniform nehmen teil am militärischen Leben und erhalten dadurch Einblick in Struktur, Aufträge, Arbeitsweise und Mittel der Armee. Ihre Erfahrung und ihr Wissen legen sie mit der Uniform nicht ab. Sie tragen beides mit in ihren Beruf. Auch darum sind es nicht «nur wenige Medienleute», die sich die Mühe nehmen, sachgerecht über Vorgänge in und um die Armee zu berichten, sondern die allermeisten. Der Erfüllung ihrer zivilen Aufgabe, aus kritischer – nicht ablehnender – Distanz auch die Entwicklung unserer Armee zu verfolgen, ein fast dauerndes Durchschimmern negativ aufgeladener Emotionen zu entnehmen, heisst ein völlig deplaziertes Vorurteil fällen. Es lässt den Verdacht keimen, dass Kritik mit Gegnerschaft verwechselt wird. Dieser fatale Trugschluss verlockt immer dann zur demagogischen Anwendung, wenn im eigenen Arsenal überzeugender, mit Tatsachen identischer Argumente die Leere gähnt; oder wenn eine schwache autoritäre Stellung selbst konstruktive Kritik nicht zu ertragen meint.

Ihre Abqualifizierung eines ganzen Berufsstandes unter den Wehrmännern müsste in letzter Konsequenz zu deren Ausschluss aus der Armee führen, denn Gegner in den eigenen Reihen zu halten, ist wohl kaum sinnvoll. Im konkreten Fall müsste mich der Ausbildungschef wegen «im besten Fall zumindest potentieller» Gegnerschaft zur Armee meines Kommandos entheben. Das Misstrauen, das er jeden Journalisten spüren lässt, ist jedoch wesentlich weniger erschütternd, als das Misstrauen, das sich gegen das ganze Volk richtet.

Wir streichen nach aussen gern die Verbundenheit unseres Volkes mit seiner Armee heraus und pflegen ihren Milizcharakter. Das Ausüben unserer demokratischen Rechte und der Zusammenhalt unseres Föderalstaates wird mit offener Information über alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens ermöglicht und gefördert. Dazu gehört auch die Landesverteidigung. Wie lässt sich die tatsächliche Verbundenheit von Volk und Armee erklären, wenn die Medien mit ihren Journalisten Gegner der Armee sein und ihre «negativ aufgeladenen Emotionen» dauernd auf das Volk entladen sollten? Die Verbundenheit ist doch gerade die Folge des Gegenteils: der fast ausnahmslos gegenüber der Armee positiv eingestellten Journalisten und Medien. Aber ihre Aufgabe ist es nicht, Hofberichterstattung bloss über die Sonnenseite der Entwicklung unseres Landes, seiner Behörden und Institutionen zu betreiben. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, die Informationsfreiheit im Interesse der fairen Meinungsbildung eines mündigen Volkes vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen zu nutzen. Je besser und umfassender über militärische Vorhaben, Übungen, Änderungen von Leitbildern und Zielsetzungen, aber auch Fehler und Pannen informiert wird, desto gründlicher kann sich das Volk damit auseinandersetzen, das Neue und Besondere aufnehmen und mittragen. Wer diesem auch in der Wehrpflicht stehenden Volk misstraut und einer restriktiven Informationspolitik das Wort redet, die «in erster Linie den Interessen der Armee» dient, schottet diese Armee vom Volk ab, nimmt ihm die Einsicht ins militärische Ganze und in Probleme, die sich ohne Unterstützung des Volkes nicht lösen lassen.

Der Schaden, der unserer Armee als Institution durch die unbedachte pauschale Verurteilung der Journalisten zu Armeegegnern entstanden ist, übersteigt die Folgen weniger journalistischer Fehlleistungen, die nicht selten von einer stümperhaften militärischen Information verursacht werden. Der Schaden wird aber noch grösser, wenn der wachsende Anteil vorenthaltender Informationen den kollektiven Verdacht nährt, es gebe etwas zu verbergen.

Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz hat diese Gefahren erkannt und sich öffentlich von Mabillards Verdammung der Journalisten distanziert. Um so unbegreiflicher ist für mich die Wiederholung seiner Entgleisung durch den Chefredaktor der ASMZ. Um so gespannter bin ich aber auch auf die Verwirklichung der Absicht, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Publizistischer Hüftschuss und gezielter Nachschuss
von Hptm B. Knobel, Winterthur

Ebensolange Offizier wie Journalist, hat mich in der ASMZ Nummer 9/85 natürlich Ihr «Rückspiegel» interessiert.

Bei der Rückspiegelung des «Falls» Mabillard, sollte man wohl nicht in den Fehler verfallen, ihn überzubewerten, das heisst man sollte nicht – wie M.M. – aus dem «Fall» einen Fall machen.

Die Reaktionen auf Mabillards Äusserungen waren undifferenziert. Aber es stellt sich die Frage, ob dem nicht Vorschub geleistet worden war durch gewisse undifferenzierte Formulierungen Mabillards. Er hat in einer Tageszeitung – in einem Interview – *nachträglich* erklärt, *was* er wirklich gemeint habe.

Vielleicht hätte er das besser schon «vorträglich» getan.

Wer die publizistischen Reaktionen verfolgte, konnte zwei Phasen ihres Ablaufes erkennen:

– Zuerst ein mit Ironie vermischter Unmut über die pauschale Beförderung der Instruktoren in einen elitären Stand sowie über die Deklarierung der Journalisten als potentielle Gegner, wobei es nicht wenige Medienvertreter gegeben haben mag, die aus vorschnellem persönlichem Betroffensein und deshalb Ärger über letzteres das erstere ins Visier nahmen.

Diese Kommentar-Reaktion erfolgte – wie anders! – pressemässig rasch, man kann auch sagen vorschnell, im Hüftschuss, nämlich auf eine erste Nachricht von der Rede Mabillards hin und meist noch in Unkenntnis des genauen Wortlautes und der näheren Umstände der Ansprache.

– Nach Bekanntwerden des genannten

Wortlautes und der Umstände (und ihrem etwas objektiveren, gelasseneren Abwägen) mehrten sich dann aber doch die journalistischen Stimmen, welche die Kirche wieder ins Dorf dislozierten und Mabillard Gerechtigkeit widerfahren liessen.

Meines Erachtens liegt die Lehre, die aus dem «Fall» zu ziehen ist, weniger darin, dass «die Presse» mit der Substanz von Mabillards Äusserungen nicht einverstanden wäre, als darin, dass Mabillard bei der Formulierung der Substanz vielleicht etwas zu wenig Bedacht legte auf die Milderung von potentiellen «optischen» Angriffsflächen.

Vor allem aber brachte der «Fall» die Arbeitsweise der Medien in Erinnerung:

Zuerst der Hüftschuss, der weniger als Zielbekämpfung gedacht ist, denn als akustisches Signal.

Erst später dann, in Kenntnis aller Fakten, folgt entweder der gezielte Nachschuss, oder – nichts mehr.

Fatal (für die Meinungsbildung der Öffentlichkeit) ist, dass zu viele Blätter ihren anfänglich veranstalteten Hüftschuss-Gefechtslärm später nicht mehr zu korrigieren oder abzuschwächen den Mut haben.

Wer (wie die Armee und ihre Exponenten) ständig im Visier schussbereiter Gewehre eines Teils der Medien steht, muss in seinen Äusserungen den Hüftschuss-Reflex in Rechnung stellen!

Der *Nebelspalter* ist ein Beispiel: Als nur wöchentlich erscheinendes und überdies manche Tage vor Erscheinen gedrucktes Blatt, dessen Mitarbeiter deshalb auf eine initiale Meldung in der Presse hin sofort kommentieren müssen, auch auf die Gefahr hin, dass bis zum Erscheinen des Blattes die Meldung bereits korrigiert oder präzisiert wird – dieses Blatt, das wegen seines karikaturistischen Charakters zudem sehr pointiert (satirisch = übertrieben) «kommentiert» – auch dieses Blatt witzelte zwar im schnellen Hüftschuss, setzte dann aber zum bedächtigen, gezielten Nachschuss an.

Leserbrief,
von Oblt R. Zahnd, Belp

Als ausgedienter Oberleutnant danke ich Ihnen für den klaren «Rückspiegel» in der ASMZ 9/85 – in der zunehmenden Verwirrung ein Lichtblick.

WIZARD of ID

So betrachtet, dürfte der Cartoon aus der «Herald Tribune» die Sache mit unfreiwilligem Ernst treffen.

Wer die Feder führt – kämpft

(Voltaire)

Um es gleich zu sagen: Ich kämpfe nicht für eine Person, sondern um (aus meiner Sicht) Grundsätzliches.

In der ganzen Medienkampagne war kaum eine Stimme zu vernehmen, die sich gegen die ***Indiskretion*** *gewendet hätte, die – Monate nach gehaltenem Referat – den Sturm gegen den Ausbildungschef ausgelöst hat. Gezielte Indiskretionen sind heute an der Tagesordnung. Angeblich, um dem öffentlichen Interesse, dem Bedürfnis nach Transparenz, ja gar dem «Demokratieverständnis» gerecht zu werden. Dass Indiskretionen mit Illoyalität und Vertrauensbruch zu tun haben, daran stösst sich heute kaum noch ein Medienvertreter – im Gegenteil. Offenbar verhält es sich bei «News» wie mit dem Gelde: Non olet, es stinkt nicht.*

Oder vielleicht doch? Die Durchsicht der Sammlung der Presseausschnitte bestätigt: Leserbriefe zur Sache, verfasst von Nichtjournalisten, sind nur vereinzelt anzutreffen. Und manch einer sagt es offen: «Im Grunde hat der Mabillard recht». *oder* «Was sie laufend tun – andere blossstellen – hat er mit ihnen getan».

Der Sturm in den Medien war ein Sturm der Journalisten. ***Sie*** *fühlten sich piquiert und getroffen. Was dann folgte, waren aber nicht nur «Hüftschüsse» sondern war Seriefeuer. Vergleicht man den wahren Sachgehalt der inkriminierten Reizwörter mit der publizistischen Reaktion, dann kann man nur von* ***Überreaktion*** *reden. Nicht aller Journalisten natürlich (um nicht zu pauschalisieren), aber vieler. Und einige haben ja dann auch im «Nachschuss» ihre ersten Kommentare relativiert.*

Aber geschossen ist geschossen. Und es wollte getroffen werden! Doch nicht in Notwehr, sondern vorsätzlich, aus verletztem (Berufs-) Stolz, aus gekränktem Ehrgefühl... Es kam zum versuchten ***Rufmord****. Die Grenzen der Toleranz sind eng. Nonkonformismus – einmal anders – wird nicht geduldet.*

Wie war doch gleich der Hergang? Mit einem markanten Trompetenstoss eines Parteipräsidenten wurde die Kampagne eröffnet. Das rief die Sensationspresse auf den Plan. Man riss sich um die ersten fliegenden Blätter (das ganze Referat stand offenbar noch nicht zur Verfügung), pickte die Reizwörter wie Rosinen heraus und warf sie, zur Story aufgemacht, mit Getöse auf den Markt. Die elektronischen Medien zerrten ihrerseits politische Prominenz vor das Mikrophon und veranlassten diese zu vorschnellen und entsprechend unreflektierten Stellungnahmen.

In eine heikle Situation geriet nun die ***seriöse Presse****: Publizistisch blieb ihr fast nichts anderes übrig, als sich mit den Leadern zu solidarisieren. Wenn auch auf dezentere Art. An diesem kritischen Punkt hätte man aus der vordergründig-oberflächlichen Kampagne ausscheren können. Aber nur ganz wenige Redaktoren haben sich mit dem tieferen Gehalt und dem pädagogisch-psychologischen Kontext des Referats auseinandergesetzt. Da wären Dinge zu behandeln gewesen, die wahrlich einer echten Disputation würdig – und wohl auch abweichender Meinungsäusserung wert gewesen wären. Es ist die* ***saloppe Art****, wie der Fall publizistisch ausgeschlachtet wurde, an der wir Anstoss nehmen. Anderseits war es ein Fehler, dass man zuständigenorts in Voraussicht der «Durchlässigkeit», in der schriftlichen Nachlieferung der Rede die brisanten Stellen nicht durch konziliantere Wendungen abgeschwächt hat. Darum musste sich der politische Vorgesetzte des Ausbildungschefs von dessen Aussagen distanzieren. Gleichzeitig ist mit der bundesrätlichen Erklärung aber auch die Honorigkeit des Geschmähten implicite bestätigt worden. Und es würde sich für einzelne Offiziere gut machen, wenn sie sich in ihrer Kritik etwas mässigen würden. Wenn man einen unbescholtenen Diener des Staates, der sich sein Leben lang in vorbildlicher Weise für die Sache eingesetzt und seine Pflicht getan hat, auf diese billige Weise «fertig macht», dann ist das Mass für die Dinge verloren gegangen.*

Ein «potentieller» Gegner ist noch kein wirklicher Gegner – das hängt von letzterem selber ab! Auch eine Demokratie darf und soll Eliten haben – sofern man darunter dienen, leisten und Verantwortung wahrnehmen versteht. Gehorsam in unserem zeitgemässen und zeitlosen Verständnis ist nicht knechtische Unterwürfigkeit, sondern setzt das Überwinden persönlicher Ansprüche voraus, zum Nutzen des Ganzen. *fas* ■

Aus der Schriftenreihe ASMZ:

Hans Senn
Friede in Unabhängigkeit
Das Buch unseres ehemaligen Generalstabschefs ist nicht nur Zeitgeschichte, sondern enthält auch brisante Aktualität. Fr. 36.–.

Rainer Binder
Die Machtblöcke WAPA und NATO
104 Seiten, mit 21 Abbildungen und 13 Tabellen. Fr. 25.–.
Ein höchst aktuelles und informatives Buch zur militärpolitischen Lage von heute, mit verlässlichem Zahlenmaterial über die atomaren Arsenale und die Militärpotentiale.

Bestellung an
Huber & Co. AG, Presseverlag
CH–8500 Frauenfeld